

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Carola Ensslen, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,  
Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch, Metin Kaya,  
Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Heike Sudmann und  
Insa Tietjen (DIE LINKE)**

### **Betr.: Abschiebestopp in die Türkei jetzt!**

Nach den schweren Erdbeben in der Türkei und Syrien ist die Lage in der Region weiterhin katastrophal. Mittlerweile sind mehr als 50.000 Todesopfer bekannt. Es mangelt den Menschen in den Erdbebenregionen am Zugang zu sauberem Trinkwasser, Unterbringung und lebensnotwendiger Versorgung. Die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung wird mit den Worten zitiert, es fehle „an allem, was für das konkrete Überleben gebraucht wird“.

Die Lage in den Erbebengebieten ist nicht auf diese beschränkt. Der Notstand hat schwere Folgen für die Gesamtsituation in beiden betroffenen Ländern. Auch die Regionen in der Türkei, die nicht unmittelbar von den Erdbeben betroffen sind, befinden sich im Ausnahmezustand. Der Hilfebedarf ist enorm und für Tausende obdachlos gewordene Personen besteht die Notwendigkeit, an anderen Orten innerhalb des Landes Schutz zu suchen.

Parallel finden von Hamburg aus weiterhin Abschiebungen in die Türkei statt. Mit dem Argument, dass Abschiebungen immer nur in ein Land und nicht in eine Region, also etwa die Erdbebenregion erfolgen, will sich der Senat aus seiner moralischen Verantwortung ziehen. Doch im Ergebnis werden die Menschen in ein Katastrophengebiet abgeschoben. Abschiebungen nach Syrien waren ohnehin bereits vor dem Erdbeben ausgesetzt. Es ist jetzt dringend notwendig, solidarisch mit den Menschen in der Türkei zu sein und einen Abschiebestopp in die Türkei zu veranlassen. Die Möglichkeit dafür bietet § 60a Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes für einen Zeitraum von drei Monaten. Auch über diesen Zeitraum hinaus ist im Einvernehmen mit dem Bundesinnenministerium ein Abschiebestopp möglich. Ein solches Einvernehmen kann nicht ad hoc hergestellt werden, sondern bedarf der Vorbereitungszeit. Der Senat sollte sich daher bereits jetzt auf Bundesebene für einen längerfristigen Abschiebestopp einsetzen.

### **Die Bürgerschaft möge beschließen:**

#### **Der Senat wird aufgefordert,**

1. Abschiebungen in die Türkei zunächst für einen Zeitraum von drei Monaten aussetzen.
2. sich auf Bundesebene für einen längerfristigen Abschiebestopp einzusetzen.
3. der Bürgerschaft bis zum 31.05.2023 zu berichten.